

Pressemitteilung

Wissenschaftler bezweifeln Umweltwirkungen des Green-Deal

Langer-Weninger: Green-Deal nur mit Klimazöllen wirksam und machbar

Mit dem Green-Deal will die EU Vorreiter in Sachen Umwelt- und Klimaschutz werden. Kritik an der fehlenden wirtschaftlichen Machbarkeit dieses Vorhabens gibt es nicht nur aus der Landwirtschaft, sondern zunehmend auch von Wissenschaftlern, wie beispielsweise vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Sie zeigen in der Zeitschrift Nature auf, dass der „Green-Deal“ ein schlechter Deal für den Planeten sein könnte, wenn die EU durch einen höheren Import von Agrargütern und Lebensmitteln Umweltauswirkungen bloß in Länder außerhalb der EU verlagere. „Die Landwirtschaftskammer sieht sich daher in ihrer Kritik an den aktuellen Green-Deal-Vorschlägen bestätigt. Ohne gleichzeitige Änderungen in der EU-Handelspolitik durch die Einführung von Klimazöllen bei Agrar- und Lebensmittelimporten würden durch die Umsetzung des Green-Deal negative Umweltauswirkungen weltweit sogar ansteigen. Zudem würden damit wesentliche Teile der Wertschöpfung in der EU-Lebensmittelproduktion in Länder außerhalb Europas verlagert“, warnt LK-Präsidentin Michaela Langer-Weninger.

Green-Deal setzt auf veränderte Landwirtschaft

Mit dem Green-Deal will die EU-Kommission die europäische Landwirtschaft stark verändern und Europa bis zum Jahr 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent machen. EU weit soll bis zum Jahr 2030 ein Viertel der landwirtschaftlichen Flächen nach den Grundsätzen des Biolandbaus (ein Ziel, dass die heimische Landwirtschaft schon jetzt erreicht hat) bewirtschaftet werden. Weiters sollen bis dahin in der EU-Landwirtschaft 50 Prozent der Pflanzenschutzmittel und 20 Prozent der Düngemittel eingespart werden. Auch in diesen

Bereichen hat die heimische Landwirtschaft mit der breiten Teilnahme am Agrarumweltprogramm ÖPUL schon erhebliche Vorleistungen erbracht.

Wissenschaft sieht weltweit negative Umweltauswirkungen des Green-Deal

Der Wissenschaftler Richard Fuchs vom Institut für Meteorologie und Klimaforschung des KIT gibt zu bedenken, dass mit dem Green-Deal negative Umweltwirkungen der Agrar- und Lebensmittelproduktion nur nach außen verlagert und vielfach wesentlich verstärkt würden. EU-Agrar- und Lebensmittelimporte kommen vor allem aus Ländern, deren Umweltgesetze weit weniger streng sind als die in Europa. „Die Handelspartner der EU verwenden außerdem im Durchschnitt mehr als doppelt so viel Düngemittel wie wir. Auch der Pflanzenschutzmittel-Einsatz hat in den meisten Exportländern zugenommen“, so Fuchs. Auch der emeritierte Agrarökonom Michael Schmitz von der deutschen Universität Gießen warnt davor, dass sich mit agrarischen Produktionsverlagerungen an emissionsintensivere Standorte außerhalb der EU globale Umwelt- und Klimabilanzen weiter verschlechtern würden. Die mit dem Green-Deal einhergehenden Eingriffe aus Brüssel würden zudem zulasten der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der EU-Landwirtschaft gehen.

Green-Deal nur mit Klimazöllen und EU-Importstandards wirksam und machbar

Importiert die EU Agrargüter und Lebensmittel aus Ländern mit niedrigeren Umwelt- und Klimastandards, so werden die Umweltauswirkungen der Produktion nicht nur räumlich verlagert sondern sogar noch erhöht. Dazu kommen noch die negativen Umweltauswirkungen durch den erhöhten internationalen Warentransport. „Der von der EU vorgeschlagene Green-Deal und das geplante EU-Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Ländern stehen daher in einem diametralen Widerspruch. Wenn es die EU mit dem Umwelt- und Klimaschutz sowie den Interessen einer bäuerlichen Landwirtschaft ernst meint, dann bedarf es rasch einer grundlegenden Korrektur der EU-Handelspolitik. Die EU kann ihre Agrar- und Lebensmittelstandards zwar nicht anderswo durchsetzen aber verlangen, dass Agrargüter und Lebensmittel, die auf den europäischen Markt kommen auch unseren Produktionsstandards entsprechen. Höhere Standards in der EU-Landwirtschaft sind wirtschaftlich nur dann machbar, wenn man die heimischen Bäuerinnen und Bauern mit höheren Abgaben auf Importe im Agrar- und Lebensmittelbereich schützt. Die Landwirtschaftskammer fordert von der EU wiederholt die Einführung sogenannter Klimazölle (CO₂-Grenzsteuer) für Agrar- und Lebensmittelimporte, um die heimische bäuerliche Landwirtschaft mittel- und längerfristig in ihrem wirtschaftlichen Bestand zu sichern“, erklärt Kammerpräsidentin Michaela Langer-Weninger und ergänzt: „Nur so kann ein veränderter Green-Deal nicht nur ein guter Deal für die Umwelt in Europa, sondern auch für den gesamten Planeten werden.“



*„Der EU-Vorschlag zum Green-Deal muss anhand der weltweiten Umweltauswirkungen beurteilt werden“, betont Präsidentin Langer-Weninger.
Bildnachweis: LK ÖÖ, Abdruck honorarfrei*

Kontakt Öffentlichkeitsarbeit: Mag. Elisabeth Frei-Ollmann,
Tel +43 50 6902-1591, elisabeth.frei-ollmann@lk-ooe.at